



Schweizer Politik, weiss auf schwarz

Schweizer Frauen in der Politik

Résumé zur Analyse von Regula Stämpfli (Mitarbeit Manuel Born, Sept. 2011)

Zur Vorgeschichte: Umfrage der Frauendachverbände bei den Parteisekretariaten

Im Herbst 2010 stellten die Schweizer Frauendachverbände den rund 150 nationalen und kantonalen Parteisekretariaten zwei Fragen zur Partizipation der Frauen in der Politik und in öffentlichen Ämtern. Die Fragen lauteten:

1. «Was gedenkt Ihre Partei konkret bezüglich der Zusammensetzung der Wahllisten und Wahlveranstaltungen zu unternehmen, um eine ausgewogene Repräsentation der Frauen im Parlament zu erreichen?»
2. «2009 präsentierte die Schweiz dem UNO-Frauenrechtsausschuss den Dritten Staatenbericht zur Umsetzung des UNO-Frauenrechtsübereinkommens CEDAW. Die Schweiz hat dieses Abkommen ratifiziert und ist damit zur Umsetzung verpflichtet. In seinen Schlussempfehlungen vom 14. August 2009 stellt der Ausschuss in Ziff. 33f u.a. fest, dass Frauen in politischen Parteien und öffentlichen Ämtern (so auch im Parlament) unterrepräsentiert sind. Was gedenkt Ihre Partei zu unternehmen, um das UNO-Frauenrechtsübereinkommen CEDAW umzusetzen?»

Der Rücklauf war mit 29 Antworten der kantonalen Parteisekretariate eher dürftig.

Deshalb erteilten die Frauendachverbände im Frühjahr 2011 der Politikwissenschaftlerin Dr. Regula Stämpfli den Auftrag, ausgehend von der Umfrage bei den Parteien eine aktuelle Analyse zur Situation der Frauen in der Politik zu verfassen. Die Einsicht, dass auch die visuelle Gestaltung und die sprachliche Form über die Wahrnehmung des Inhalts entscheidet, führte zur Analyse «Schweizer Politik, weiss auf schwarz».

Zur Analyse: Das Wichtigste in Kürze

Während von unterschiedlicher Seite eine Fülle mehr oder weniger wissenschaftlicher Erkenntnisse rund um Gender,¹ Frauenvertretung in der Politik,² Männerforschung etc. produziert wird, verschwinden in den Medien die entscheidenden Inhalte. Zum Beispiel liefert die Frisur einer Politikerin Schlagzeilen, aber ihre politischen Positionen kommen nicht zur Sprache. Gehaltvolle, kritische Diskussionen zum Thema Gleichstellung sind deshalb selten.³

¹ Vgl. Ricardo Hausmann/Laura D. Tyson/Saadia Zahidi (eds), the Global Gender Gap Report 2010, Genf 2010.

² Birgit Sauer: Die Allgegenwart der „Androkratie“. Feministische Anmerkungen zur „Postdemokratie“, Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2011, 3.1.2011.

<http://www.das-parlament.de/2011/01-02/Beilage/006.html>

³ Das seit 1995 laufende Global Media Monitoring Project (GMMP) 2010 wird im Vergleich zu populistischen „Studien“ à la „Küssen Männer anders“ kaum zitiert, siehe dazu auch http://www.equality.ch/pdf_d/GMMP2010_CH_Bericht_d.pdf.

Studien zu Frauen in der Politik beginnen häufig so, als ob die Philosophin und Frauenrechtspionierin Mary Wollstonecraft nicht schon 1792 festgestellt hätte, dass Denken kein Geschlecht hat.⁴ Die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln ist umso störender, als seit einigen Jahren mit Hilfe der Biowissenschaften und der Mediendemokratie versucht wird, jede an sich geschlechtsübergreifende menschliche Eigenschaft, wie dies eben das Denken ist, auf eine Geschlechtszugehörigkeit zu fixieren.

Klischees sind keine Wissenschaft

Mehrere in den Medien häufig zitierte wissenschaftliche Studien machen deutlich, wie in Politik und Öffentlichkeit Körbchengröße- und Castingshow-Mechanismen Einzug gehalten haben und die Diskussion beherrschen. Besonders beliebt sind Arbeiten zum Zusammenhang von Attraktivität und Wahlerfolg oder zum Einfluss von „erotischem Kapital“ auf die Medienpartizipation von Frauen. Die vorliegende Analyse unterzieht diese in den Medien transportierten Befunde einer kritischen Beurteilung. Denn: **Nicht die Körbchengröße, sondern die Frauenförderpolitik in den Parteien entscheidet über den Erfolg oder Misserfolg von Frauen in der Politik.**

Drei Hürden: Mobilisierung, Nomination, Wahlproblem

Die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in der Politik wird in der Analyse erfasst mit der Darstellung des Hürdenlaufs von Mobilisierung (Wahl- und Abstimmungspartizipation, Medienwahrnehmung), Nomination (Parteien- und Ämternetzwerke) und eigentlicher Wahl (Chancenungleichheit, Stereotypen). Frauen verlieren im Vergleich zu Männern bei jeder dieser drei Hürden, und zwar unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, ihrem Alter, Aussehen oder Beruf.

Mobilisierung: Hier wirken Geschlechterklischees, fragwürdige wissenschaftliche Erhebungsmethoden sowie die Darstellung ungesicherter geschlechtsspezifischer Partizipationsmuster als Tatsachen zu Ungunsten von Frauen. Die Stereotypen, dass Frauen weniger als Männer an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen, paaren sich mit der Erwartungshaltung, dass dem wirklich so sei (und wirken möglicherweise als self-fulfilling prophecy). Bezieht man bei der Interpretation der diversen Studien die teils beträchtlichen Vertrauensintervalle ein, lässt sich der Befund nicht stützen, dass Frauen tatsächlich signifikant weniger als Männer an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen. Hier wäre es wichtig, auch in der Wissenschaft nicht an dem ungesicherten Geschlechterverhalten bei Wahlen festzuhalten, sondern sich eher auf die Analyse politischer Vorbilder und Leitbilder zu fokussieren: zu untersuchen, wie sich diese in der Mediendemokratie verändert haben, sie zu hinterfragen und eventuell sogar zu verändern. Denn auch solche Leitbilder beeinflussen das (geschlechtsspezifische) Wahlverhalten. Aufgabe der Wissenschaft ist es deshalb, nicht nur quantitative Wahlbefragungsstatistiken zu erstellen, sondern eine kritische qualitative Einordnung des gegenwärtigen kulturellen und medialen Wandels zu leisten. Damit Frauen in der Politik mehr Erfolg haben, müssen nicht biologische Voraussetzungen diskutiert werden, sondern gesellschaftliche Mechanismen aufgebrochen werden, die viel zu wenig besprochen werden.

Nomination: Hier ist der Zusammenhang zwischen Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Frauen und Männern offensichtlich. Praktizieren die Parteien, wie dies die linken und grünen Parteien konsequent tun, Gleichstellung innerhalb der gesamten Parteihierarchie, haben Frauen die gleichen Chancen wie Männer, nominiert zu werden. Wo diese Praxis fehlt, bleiben die Frauen in den hinteren Rängen. Wer behauptet, Frauenförderung sowie die Gleichstellung der Frauen in der Politik sei nur eine Frage der Zeit oder schon selbstverständlich, wird durch die Realität korrigiert. Die grösste Hürde sind immer noch die parteiinternen Strukturen, Haltungen und Handlungen.⁵ Parteiinterne Frauenförderungsmassnahmen bedeuten immer einen Schritt in Richtung Gleichstellung und Veränderung.

Wahlproblem: Bei den Nationalratswahlen 2007 lag der Anteil der gewählten Frauen (29.5%) unter dem Anteil der kandidierenden Frauen (35%). Die Wahlchancen der Frauen sind je nach Parteizugehörigkeit unterschiedlich hoch. Vor allem Männer der Mitteparteien sowie der rechtspopu-

⁴ In ihrer Schrift „*A Vindication of the Rights of Woman*“ (*Die Verteidigung der Frauenrechte*).

⁵ Statistiken, Zahlen und Quelle: Bundesamt für Statistik. Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frau und Mann. Stand und Entwicklung, Neuenburg 2008.

listischen Parteien haben ungleich höhere Chancen gewählt zu werden als die Frauen in diesen Parteien. Wählerinnen und Wähler der bürgerlichen und rechtspopulistischen Parteien wählen unterdurchschnittlich Frauen, während Wählerinnen und Wähler der linken und grünen Parteien Frauen zu einem fast gleichen Anteil in politische Ämter wählen.

Zu den schlechteren Wahlchancen der Frauen tragen auch strukturelle Faktoren bei. Erstens behindert die starke geschlechtsspezifische Erwerbsstruktur der Schweiz die Frauen beim Erringen von Machtpositionen nicht nur in der Politik, sondern überall.⁷ Zweitens unterstützt die klare geschlechtsspezifische Verteilung der Haus- und Familienarbeit Bilder, welche die Frauen eher dem Haus statt dem Bundeshaus zuordnen. Und drittens spielen die schweizerischen Medien in der Wahrnehmung von Frauen in Machtpositionen eine rückständige, klischierte und diskriminierende Rolle.⁸

Ein demokratiethoretisch brisanter Wandel

Die Analyse „Schweizer Politik, weiss auf schwarz“ zeigt darüber hinaus, wie sich der demokratiethoretische Diskurs von der Deliberation (Prozess der Konsensfindung) und den Argumenten in der Politik hin zum Körper der Politikerinnen und Politiker bewegt hat. Statt ein Parteiprogramm ausführlich zu diskutieren, wird die körperliche Verfassung eines Parteipräsidenten ins Licht gerückt. Statt Argumente auszutauschen, werden Schlagworte präsentiert. Statt Wahrhaftigkeit dominiert die Bildhaftigkeit („Imagepflege“). Umfassendere Themen gehen zugunsten von Einzelthemen vergessen. Dieser ikonographische, demokratiethoretisch höchst brisante Wandel korreliert negativ mit der Frauenvertretung in der Politik. Je mehr geschlechtsspezifische Zuschreibungen im Vordergrund stehen, desto weniger werden Frauen in Machtpositionen zu finden sein. Die vorliegende Arbeit stellt also nicht nur numerische und strukturelle, sondern vor allem auch medien- und demokratiethoretisch relevante Hürden fest. Gerade diese würden es verdienen, genauer diskutiert zu werden.

Bestelladresse für die vollständige Fassung der Analyse (ca. 70 S.; Preis: CHF 10. –):
Kathrin Bertschi, Unterdorfstrasse 9, 3322 Urtenen-Schönbühl, bertschi.ka@bluewin.ch

Die Analyse ist auch als PDF auf dem Internet verfügbar: www.frauenbauenzukunft.ch oder www.frauenkommission.ch > Dokumentation > Studien und Empfehlungen

⁷ Vgl. die Übersicht des Bundesamtes für Statistik, Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frau und Mann. Stand und Entwicklung, Neuchâtel 2008.

⁸ Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten: Wer macht die Nachrichten in der Schweiz?, Bern 2011, siehe http://www.equality.ch/pdf_d/GMMP2010_CH_Bericht_d.pdf